

## Justizministerin will Freier bestrafen

Eva Kühne-Hörmann (CDU) kann sich bei Zwangsprostitution Haftstrafen vorstellen

Von Friederike Tinnappel

**F**reier, die eine Zwangslage von Frauen, die der Prostitution nachgehen, ausnutzen, möchte die hessische Justizministerin Eva Kühne-Hörmann ins Gefängnis schicken. Sie könne sich ein Strafmaß von „drei Monaten bis fünf Jahren“ vorstellen, sagte die Ministerin auf einer Diskussionsveranstaltung über ein neues Prostitutionsgesetz am Mittwochabend im Frankfurter Dominikanerkloster.

Die Verantwortung der Freier im Zusammenhang mit Men-

schendenhandel und Zwangsprostitution sei bislang vernachlässigt worden. „Die Freier müssen sich dem Thema stellen.“ Ein kategorisches Verbot der Prostitution lehnte Kühne-Hörmann ausdrücklich ab: Prostitution habe es immer und in jeder Kultur gegeben. Ein Verbot werde nicht dafür sorgen, dass es keine Prostitution mehr gibt. Frauen, die mit Sex ihr Geld verdienen und dies „ohne Zwang und Gewalt“ machen, „sollen das tun“.

Eingeladen zu der Veranstaltung „Gesetzesnovelle zur Prostitution: Schutz oder (nur) Kon-

trolle?“ hatten die beiden Frankfurter Zonta-Clubs, die sich zum Ziel gesetzt haben, die Rechte der Frauen zu stärken und sie vor Gewalt zu schützen. Kühne-Hörmann war gebeten worden, den aktuellen Gesetzentwurf vorzustellen. Sie stellte mehrfach klar, dass es sich nicht um einen Entwurf der schwarz-roten Regierung handelt, sondern um „ein Diskussionspapier“ des Familienministeriums. Unstrittig sei, dass es Handlungsbedarf gebe, um die Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution besser zu schützen. Aber es gebe „keinen

Königsweg“. Die Ministerin wies auf die veränderten Bedingungen hin, die in den letzten Jahren entstanden seien und erwähnte die Reisefreiheit innerhalb der Europäischen Union und neue Restriktionen im Umgang mit Prostitution etwa in Skandinavien oder Frankreich.

Der Entwurf des Familienministeriums enthält eine Anmeldepflicht für Sexarbeiterinnen und eine obligatorische Gesundheitsberatung. Bordellbetreiber sollen Geschäftsmodelle vorlegen, die die sexuelle Selbstbestimmung der Frauen garantieren.